

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/55

Bonn, den 23. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Eine Zwischenstation wurde erreicht</u> Nach den Gesprächen von Staatssekretär Bahr in Moskau	40
1 a	<u>Gefangener der Vergangenheit und des Selbstlobes</u> Zur Stuttgarter Rede von Kurt Georg Kiesinger	38
1 b	<u>Anerkennung der Leistung</u> Zwischendeutsches Kardinalproblem in neuem Licht	45
2 ~ 3	<u>Offiziere von morgen</u> Akademische Ausbildung und höhere Besoldung sind nötig Von Wilhelm Dröscher, MdB	77
4	<u>Am 8. Mai in Ostberlin</u> Der "Deutsche Sportbund" und der "Deutsche Turn- und Sportbund" sprechen miteinander	43

Eine Zwischenstation wurde erreicht

Nach den Gesprächen von Staatssekretär Bahr in Moskau

sp - Insgesamt 30 Stunden hat Staatssekretär Egon Bahr in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion Gespräche geführt. Das ist ein Rekord. Es ist nicht bekannt, daß sich der sowjetische Außenminister jemals soviel Zeit genommen hätte, um mit einem westlichen Diplomaten Probleme zu erörtern, deren Lösung im allgemeinen Interesse liegen würde.

Ein endgültiges Resultat konnte noch nicht erzielt werden. Staatssekretär Bahr hat jedoch eine Vereinbarung mitgebracht, wonach in Hamburg und in Leningrad Generalkonsulate der Bundesrepublik und der Sowjetunion eingerichtet werden sollen. Diese Vereinbarung ist ohne Zweifel ein Zeichen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau und zugleich ein Hinweis darauf, daß beide Seiten Interesse an der Vertiefung dieser Beziehungen haben. Eine Zwischenstation auf diesem Wege wurde also erreicht.

Wie es heißt, sollen im Mai die Gespräche fortgesetzt werden. Nach Lage der Dinge darf man annehmen, daß die Sowjets den Wunsch haben, das bilaterale Gespräch zwischen Moskau und Bonn in den Rahmen der Gespräche und Verhandlungen zu stellen, die Bonn zurzeit mit anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes führt. Im Hintergrund dieses Wunsches steht sicher die Überlegung der sowjetischen Diplomatie, noch in diesem Jahre in die Nähe der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz zu gelangen. Zweifellos dienen direkt und indirekt alle zur Zeit zwischen Bonn und mehreren Staaten des Warschauer Paktes geführten Gespräche diesem Ziel. Auch die Bereitschaft der DDR-Regierung, die in Erfurt begonnene Kontaktaufnahme am 21. Mai in Kassel fortzusetzen, ist in dieser Perspektive zu sehen.

Die Bundesregierung kann mit Gelassenheit in die nächsten Verhandlungsrunden gehen, sei es in Moskau, Warschau oder Kassel. Sie weiß sich hierbei in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten, die ebenfalls am Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz interessiert sind. Vordergründig geht es bei allen Versuchen, die Entspannung zwischen Ost und West in Europa zu fördern, um den Abschluß von Gewaltverzichts-Abkommen. Gleichzeitig aber ist deutlich geworden, daß Ost und West an der Verminderung ihrer Rüstungslasten interessiert sind und infolgedessen die Positionen sowohl des Warschauer Paktes als auch der NATO neu zu überdenken beginnen. Wer hierbei Eile an den Tag legt oder irgendwelche Vorbedingungen stellt, wird in einer Sackgasse landen.

Die Regierung Brandt/Scheel ist entschlossen, den Weg ebnen zu helfen, auf dem, ohne Verletzung der Grundprinzipien ihrer Politik, die überfällig gewordene Konfrontation abgebaut werden kann.

+ \* +

Gefangener der Vergangenheit und des Selbstlobes

Zur Stuttgarter Rede von Kurt Georg Kiesinger

sp - Kurt Georg Kiesinger, der am 20. März im Bundestag nicht zu Wort kam, hat über's Wochenende den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Barzel, in seiner Kritik an der neuen Politik der Bonner Regierung noch zu übertrumpfen versucht. Bei einer Rede in Stuttgart hat er die Anerkennung des Faktums deutscher Zweistaatlichkeit in Brandts Regierungserklärung vom Oktober 1969 als die Wurzel aller Übel hingestellt und gemeint, die Welt werde kein Verständnis für die subtile Unterscheidung zwischen faktischer und völkerrechtlicher Anerkennung aufbringen. Die gleiche Welt, der einst Kiesinger ein Faktum nur als "Phänomen" gelten zu lassen empfahl, scheint in der Sicht des Exkanzlers also inzwischen dümmel geworden zu sein.

Wen wundert es, daß der Rhetoriker Kiesinger bei einer solchen Rede ins Schimpfen geriet? Das Sprichwort sagt: "Wer schimpft, hat Unrecht". Kiesinger führte vor, daß der Satz auch andersherum richtig ist: Wer Unrecht hat, kann schließlich nur noch zetern!

Sollte indessen Kiesinger allein durch die Lektüre der Erfurter Rede Willi Stophs derart in Rage geraten sein, dann müssen die Deutschen - und alle friedliebenden Europäer - sich dazu gratulieren, daß der neue Bundeskanzler, Willy Brandt, bessere Nerven als sein Vorgänger hat. Stophs Erfurter Rede ist vielfach als der - vielleicht - letzte Versuch der DDR verstanden worden, "die andere Seite" zur Resignation oder zu zornigen Reaktionen zu provozieren. In der Tat könnte nur in Voraussicht der großen, disziplinierten Gelassenheit des neuen Bonner Gegenübers in den Schluß der Stoph-Rede die Bereitschaftserklärung eingebaut worden sein, "zu einem weiteren Gespräch... zusammenzukommen".

Beim Echo der Welt auf Erfurt sind auch Stimmen angeklungen, die Anstoß nahmen an der allzu runden, selbstgerechten SED-Sicht von der DDR und den anstehenden Problemen. Wie befreiend wirkte dagegen Brandts Antwort ohne eine totale Gegenrechnung!

Brandt appellierte in Erfurt an die Bereitschaft der Regierung der DDR, "den Blick nach vorn zu richten, damit wir nicht zu Gefangenen einer dunklen Vergangenheit werden". - Man möchte hinzufügen, daß in der DDR wie in der BRD leider auch die Gefahr groß ist, als Gefangener der selbstgemachten, jüngeren Vergangenheit sich selbst und die Dinge in einem zu hellen Lichte zu sehen. Und zu verkennen, daß Spruchbänder des Selbstlobs vergilben und große Worte im Winde verwehen.

+ + +

### Anerkennung der Leistung

#### Zwischendeutsches Kardinalproblem in neuem Licht

Et. - Am Rande des Erfurter Treffens zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph sind viele offene Gespräche ohne Behinderung möglich gewesen. Sie haben in einem Satz, den ein etwa fünfzigjähriger Mann in einem größeren westdeutsch-mitteldeutschen Kreise sehr betont gesprochen hat, ihre stellvertretende Aussage gefunden. Das Gespräch, das im Schneegestöber auf der großen Freitreppe zu dem Glockenturm geführt wurde, der die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald über Weimar krönt, drehte sich, wie wollte es anders sein, um das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Der fünfzigjährige Arbeiter, der wie hunderte andere Arbeiterinnen und Arbeiter aus Weimar und Apolda auf das KZ-Gelände transportiert worden war, um die Kranzniederlegung Willy Brandts zu umrahmen, sagte mit Zustimmung aller umstehenden DDR-Bürger sehr ruhig, sehr schlicht und sehr entschieden: "Wir wollen von euch, daß ihr uns anerkennt - daß ihr endlich unsere Arbeit und unsere Leistung anerkennt!"

In diesen Tagen, nach Erfurt vor allem, wird auf westlicher Seite immer wieder festgestellt, daß die DDR-Führung so "unsicher" und daher auch so "empfindlich" sei, und daß man dieses Faktum, das einer Neurose gleiche, sorgsam und genau einkalkulieren müßte, wenn man mit Ostberlin sprechen und verhandeln wolle. Diese Feststellung findet ihre unüberhörbare Bestätigung in dem Satz des fünfzigjährigen Arbeiters aus Weimar. Natürlich ist zwischen der Leistungsanerkennung, die er und mit ihm alle 17 Millionen DDR-Bürger wünschen und der völkerrechtlichen Anerkennung, die die Ulbricht-Stoph-Regierung fordert, ein erheblicher Unterschied. Im Grunde geht es aber doch um dasselbe Kardinalproblem, das sich so und so äußert und das uns im Westen, in der BRD und bei unseren Alliierten und Freunden, so und so zur Überlegung und zur Entscheidung herausfordert.

Die Zeiten, in denen wir hier mit Anschlußtheorien, Alleinvertretungsvorstellungen und einer besonderen Art von Wiedervereinigungskomplex herumliefen und agitierten, der die DDR, damals noch die Zone und später "DDR" oder Phänomen genannt, in die BRD eingliedern und aufgehen sah, sind dem Jahre 1970 gewichen. Herbert Wehner hat vor kurzem mit erhobener Stimme vor einer Situation gewarnt, in der wir zur Anerkennung sozusagen "gezwungen" werden könnten. Wir sollten jetzt erkennen und wissen, was wir aktiv zu tun haben, um nicht in diesen Zugzwang zu geraten, ohne vorher in kooperativen Gesprächen und Verhandlungen mit dem zweiten deutschen Staat geregelt zu haben, was geregelt werden muß, wenn wir als deutscher Staat Bundesrepublik vor der gemeinsamen deutschen Nation und allen Deutschen in der BRD und DDR in Achtung bestehen wollen.

+ \* +

## Offiziere für morgen

---

Akademische Ausbildung und höhere Besoldung sind nötig

Von Wilhelm Dröscher, MdB

Wer als organisatorisches Konzept für die Bundeswehr der 70er Jahre eine Freiwilligen-Armee, also ein Berufsheer, mit organisch verbundenem Milizsystem fordert, und zwar sowohl aus außenpolitischen Gründen (defensive Funktion) als auch aus Gründen der Effektivität, vermußt schon heute auf eine moderne Personalpolitik drängen.

Aus sozialen und aus finanziellen Gründen kann Personalpolitik nur langfristig angelegt sein. Wenn die Bundeswehr neue Wege gehen soll, dann sind moderne personalpolitische Entscheidungen in Kürze fällig.

Welchem Problemkreis kommt zur Zeit die größte Bedeutung zu? Im vergangenen Jahr sind die Weichen für das Unteroffizierskorps neu gestellt worden. Es ist zu hoffen, daß damit der erste Schritt für eine positive Entwicklung, vor allem was den Zugang angeht, getan wurde.

Somit richtet sich das Augenmerk auf das Offizierskorps. Daß so wenige Abiturienten den Beruf des Soldaten zu ergreifen bereit sind, ist alarmierend. Es hat aber vor allem ganz nüchtern-sachliche Gründe: Ein Philologe ist nach fünf Jahren Studium und einem Jahr Referendariat Assessor und damit in der Besoldungsgruppe A 13. Er kann mit 27 Jahren eine Familie gründen. Der Diplom-Ingenieur beginnt im gleichen Alter mit 1.800,-- bis 2.000,-- DM. Die Situation des jungen Offiziers ist erheblich schlechter, ganz abgesehen von seinem minderen sozialen Ansehen. Selbst wenn zu berücksichtigen ist, daß der eine studieren muß, während der andere - bei vollem Gehalt - nur Lehrgänge besucht, daß also das Studium Geld kostet, während der werdende Offizier vom ersten Tage an verdient, ergibt sich ein Ungleichgewicht, wenn man die beiden Laufbahnen gegeneinander abwägt, das die Waagschale für die Offizierslaufbahn negativ anschlagen läßt.

Da ethisch-moralische oder gar Standesgesichtspunkte bei einem modernen Verständnis des Offiziersberufes nur noch den Stellenwert haben können, der ihnen auch in den meisten anderen Berufen zukommt, ergibt sich als Lösung des Ungleichgewichtes: Der Offiziersberuf sollte in absehbarer Zeit zu einem "akademischen" Beruf umgewandelt werden!

Der junge Berufs- oder Zeitsoldat hat nach Beendigung der militärischen Grundausbildung ein akademisches Studium zu absolvieren,

wobei nicht nur technische, volkswirtschaftliche oder juristische, sondern auch soziologische oder psychologische Studiengänge der Offiziere dazu beitragen werden, die Bundeswehr zu einer betriebswirtschaftlich maximal effizienten und gleichzeitig demokratischen Institution zu machen.

Die Frage, ob die Ausbildung an öffentlichen Universitäten und Hochschulen erfolgt oder ob Spezialeinrichtungen (Gefahr sozialer und wissenschaftlicher Desintegration!) geschaffen werden, mag zunächst dahingestellt bleiben. Es sollte aber untersucht werden, inwieweit sich Ansätze für eine europäische Bildungspolitik, z.B. gemeinsame Bemühungen der WEU-Partner, finden lassen.

Somit ist als Fazit festzuhalten: Wer Offizier wird, muß eine Hochschulausbildung erhalten. Damit wird in Zukunft der derzeitige Majorsrang zur Eingangsstufe des Berufsoffiziers; die Besoldung entspricht A 13. Mit dieser Regelung würde eine Änderung des Stellenkegels der Bundeswehr erforderlich. Damit ließe sich dann auch das Augenblicksproblem der 3.000 Hauptleute mit Stabsoffiziersprüfung lösen.

Besonders die Stellen der Kompanie-Chefs sind anzuheben. Das ist von der Aufgabe her, die ein Kompanie-Chef zu erfüllen hat, durchaus angemessen. Es gibt heute kaum einen Kompanie-Chef, dessen Verantwortung für Menschen und Material nicht ungleich viel größer ist als in früheren Armeen. Der hohe technische Ausrüstungsstand gibt dem heutigen Kompanie-Chef Verantwortung über Gerät im Wert von Millionen. Daß dieser Aufgabe eine A-13-Stelle adäquat ist, muß nicht betont werden (Zur Verdeutlichung für Nichtbeamte: A 13 entspricht dem Studienassessor, Studienrat, Baurat, Amtsgerichtsrat usw.).

In diesem Zusammenhang mag ein Seitenhieb auf die Sünden der Vergangenheit gestattet sein.

Seit 1949 wurden die an sich notwendigen Einkommenserhöhungen für die Beamten aller Schattierungen nicht nur über eine Anhebung der Gehälter für die bestehenden Stellen erreicht, es fand vielmehr eine Inflation der Stellenkegelwerte statt. Wo heute z.B. ein Amtmann sitzt, tat's früher ein Inspektor. Diese Umgruppierung reichte bis in die Spitzen der Behörden. Anders war es bei der Bundeswehr. Hier konnte eine parallele Entwicklung nicht erfolgen, weil traditionell der Dienstgrad an den Dienstrang gebunden war. Die militärische Seite hat insoweit also einen berechtigten Nachholbedarf.

Am 8. Mai in Ostberlin

---

Der "Deutsche Sportbund" und der "Deutsche  
Turn- und Sportbund" sprechen miteinander

E.D.Sch. - Mit dem Düsseldorfer "Solidaritätsbeschluss" des Deutschen Sportbundes im August 1961 war sozusagen ein "Schlußstrich" unter die sportlichen Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Teilen Deutschlands gezogen worden. Aus Gemeinsamkeiten waren Wunschträume geworden, als Ulbricht die Devise von den DDR-Botschaftern im Trainingsanzug verkündet hatte. Was dennoch innerdeutsch unumgänglich schien, wurde von den Vertretern der DDR-Sportorganisationen - zumeist auf politisches Geheiß - mit Vehemenz vor allem auf internationaler Bühne abserviert.

Als "Olympia-Patriarch", Avery Brundage, 1964 noch einmal sein "gesamtdeutsches Sportherz" schlagen ließ, fanden sich die NOK-Vertreter der Bundesrepublik und der DDR in Baden-Baden am "Olympischen Verhandlungstisch" zusammen. Diese bescherte am 18. September 1964 mit der "gesamtdeutschen Olympiamannschaft" für Rom das letzte Olympiateam mit dem Status der Gemeinsamkeit. Danach ging es ganz still abwärts. Was die internationalen Sportförderungen noch an "Deutschland-Toleranz" zu geben bereit waren, wurde in den innerdeutschen politischen Streitereien verspielt. Flaggen- und Hymnengezänk, Überforderungen der Sportverbände und eine VisabARRIERE standen in den 50er und 60er Jahren auf der Negativliste der politischen Führung der Bundesrepublik. Vor allem aber führte die SED-Strategie, die dem Sport die Rolle eines politischen Wegbereiters auferlegte, in die innerdeutsche Sackgasse des Sports, an deren Ende es dann hieß: Rien ne va plus!

Mexico-City 1968 brachte den DDR-Polit- und Sportorganen die ersten Medaillen, als die Spiele noch nicht recht begonnen hatten. Mit Medaillen ließ sich der Sieg für die "Vollmitgliedschaft" im IOC aus der Sicht der DDR keineswegs honorieren. Auf dieser Basis schraubte Ostberlin seine Forderungen für eine sportliche Verbindung zwischen BRD und DDR immer höher. Es startete eine Agitationswelle gegen Sport und Staat in der Bundesrepublik und stellte schließlich München 1972 in den Mittelpunkt einer weltweiten Kampagne.

Sicher auch angeregt durch die Bereitschaft der SPD/FDP-Regierung zu Verhandlungen mit der DDR, unternahm der Deutsche Sportbund am 10. Februar dieses Jahres einen Goodwill-Akt, dem die DTSB-Führung der DDR bis zum 17. März tatenlos zusah. Dann endlich kurbelte DDR-Sportchef Manfred Ewald eine "Drei-Punkte-Antwort" an seinen bundesdeutschen Präsidenten-Kollegen Willi Daume, der seinerseits den vorgeschlagenen Termin - 8. Mai in Ostberlin - sofort akzeptierte.

Berücksichtigt man das Kopplungsverhältnis zwischen dem DTSB und den Partei- und Regierungsorganen der DDR, so kann es kaum Zweifel geben, daß die Ostberliner-Sportgespräche mit den Erfolgchancen der weiteren allgemein-politischen Kontaktnahme untrennbar verbunden sind.

+ + +